

TRADE NEWS

Von der Wirtschaft für die Wirtschaft –
Schlaglichter der Handelspolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Klemens Kober | E-Mail: kober.klemens@dihk.de | www.dihk.de

DIHK-Trade-News**Inhalt**

Update	2
IWF/WTO/Weltbank-Bericht zum multilateralen Handelssystem im DIHK vorgestellt.....	2
B20 Wirtschaftsdialog überreicht Merkel Empfehlungen für die G20-Präsidentschaft.....	2
Dritte Runde EU-Mexiko Verhandlungen	2
18. Runde EU-Japan Verhandlungen	3
Handelskommissarin greift Eurochambres-Schreiben zu Indien auf	3
EU-Norwegen Agrarhandel soll ausgeweitet werden	3
Neues Bescheinigungssystem für Bio-Einfuhren	3
Neue EU-Sanktionen gegen Nordkorea.....	3
Ressourcen	4
Bericht über 27. Runde der EU-Mercosur Verhandlungen veröffentlicht	4
WTO erwartet weltweiten Handelsaufschwung	4
RGIT's corner – News aus Washington	4
100-Tage-Plan für Handelsgespräche mit China	4
Pence und Ross für bilaterales Abkommen mit Japan.....	5
Nationaler Sicherheitsrat wird Iran-Sanktionen der USA überprüfen.....	5
Übersicht zu deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen.....	6

Update

IWF/WTO/Weltbank-Bericht zum multilateralen Handelssystem im DIHK vorgestellt

"Making Trade an Engine of Growth for All: The Case for Trade and For Policies to Facilitate Adjustment" heißt der [gemeinsame Bericht](#), den die Welthandelsorganisation WTO, der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank für den anstehenden G20-Gipfel erarbeitet haben. Die Studie analysiert langfristige Wirtschaftstrends und die Vorteile von freiem Handel, aber auch Herausforderungen für lokale Anpassungsprozesse. Sie unterbreitet darauf aufbauend Vorschläge für einen inklusiveren Handel, an dem alle teilhaben können. IWF-Direktorin Christine Lagarde, WTO-Generaldirektor Roberto Azevêdo und Weltbank-Präsident Jim Yong Kim präsentierten die wesentlichen Inhalte des Berichts beim DIHK. Die anschließende Diskussionsrunde moderierte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben.

B20 Wirtschaftsdialog überreicht Merkel Empfehlungen für die G20-Präsidentschaft

Am 3. und 4. Mai 2017 fand der offizielle Wirtschaftsdialog der G20-Staaten, Business 20, in Berlin statt. Die B20, der auch der DIHK angehört, hat dabei Bundeskanzlerin Angela Merkel Empfehlungen vorgelegt, um die Globalisierung mit verlässlichen und klaren Regeln zu gestalten. Neben Angela Merkel und Wolfgang Schäuble waren Wirtschaftsvertreter wie etwa Deutsche Bank Konzernchef John Cryan, UBS Gruppenchef Axel Lehman und BASF-Vorstandschef Kurt Bock anwesend. "Die Wirtschaftsvertreter der G20-Staaten fordern die G20 auf, mehr Mut zu haben, die Globalisierung aktiv zu gestalten", sagte B20-Präsident Jürgen Herhaus anlässlich des B20-Gipfels. Außerdem sprach sich die B20 dafür aus, den Zugang für KMU zum globalen Handel sowie Finanz- und Digitalinfrastrukturen zu verbessern. Weiterhin seien mehr Investitionen in Bildung und lebenslanges Lernen sowie die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens nötig. Die B20 forderten außerdem von Politikern ein klares Bekenntnis zu offenen Märkten und eine Absage an protektionistischen Tendenzen. Beim anstehenden G20 Gipfel unter deutscher Präsidentschaft Anfang Juli in Hamburg sollte das Motto „Eine vernetzte Welt gestalten“ in internationale Politik umgesetzt werden. In den vergangenen zehn Monaten hat die [B20 Empfehlungen](#) für die G20 zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Weltwirtschaft entwickelt. "Wir stehen für offene und regelbasierte Märkte ein", fasste Jürgen Herhaus die Kernbotschaften zusammen.

Dritte Runde EU-Mexiko Verhandlungen

Vom 3. bis 7. April 2017 fand in Brüssel die [dritte Verhandlungsrunde](#) zur Modernisierung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Mexiko statt. Ziel der Runde war die Konsolidierung von Verhandlungstexten. Die bisherigen [Vorschläge der EU](#), etwa für ein KMU-Kapitel, sind im Internet frei zugänglich. Das derzeitige Freihandelsabkommen aus dem Jahr 2000 soll hauptsächlich in den Bereichen Marktzugang, öffentliches Beschaffungswesen, nichttarifäre Handelshemmnisse, Dienstleistungen sowie Nachhaltigkeit erweitert werden. Die EU ist Mexikos zweitwichtigster Exportpartner und der zweitgrößte Investor im Land. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 26. bis 29. Juni 2017 geplant. Beide Seiten streben einen Verhandlungsabschluss noch bis Jahresende an.

18. Runde EU-Japan Verhandlungen

Vom 2. bis 5. April 2017 fand in Tokio die 18. [Verhandlungsrunde](#) zum geplanten EU-Japan Freihandelsabkommen statt. Die Verhandlungen sind in allen Bereichen weit fortgeschritten und beide Seiten streben einen Verhandlungsabschluss bis Jahresende an. Bislang exportiert die EU Güter und Dienstleistungen im Wert von 80 Milliarden Euro pro Jahr nach Japan. Über 600.000 Arbeitsplätze sind in der EU laut Angaben der EU-Kommission mit diesen Exporten verknüpft. Die 19. Verhandlungsrunde findet Mitte Mai 2017 in Brüssel statt.

Handelskommissarin greift Eurochambres-Schreiben zu Indien auf

Der Europäische Dachverband der Kammern, Eurochambres, hat Anfang März eine Fortsetzung von ehrgeizigen und umfassenden Freihandelsverhandlungen mit Indien sowie eine schnelle Anschlusslösung für die von indischer Seite im Jahr 2016 aufgekündigten bilateralen Investitionsschutzabkommen gefordert. Kommissarin Malmström reagierte in ihrer [Antwort](#) Ende März positiv, indem sie alle Kammerforderungen unterstützt. Sie schreibt unter anderem: „*Let me encourage EUROCHAMBRES to continue to be an active player in what we see as a collective effort. Your contribution to a matter to which the Commission attaches great importance continues to be very welcome*“. Mehrere Medien berichteten darüber. Der DIHK und der europäische Kammerdachverband EUROCHAMBRES setzen sich für leichtere und stärkere Handelsbeziehungen zwischen der EU und Indien ein.

EU-Norwegen Agrarhandel soll ausgeweitet werden

Die [Europäische Union](#) und Norwegen haben sich am 7. April 2017 darauf verständigt, den bilateralen Handel mit Erzeugnissen aus der Landwirtschaft auszuweiten. Nach zwei Jahren Verhandlungen wird nun für 36 Produktarten wie Futtermais und fermentierte Getränke gegenseitiger zollfreier Marktzugang gewährt. Darüber hinaus sollen z.B. die gegenseitigen Zollkontingente für Fleisch- und Molkereiprodukte ausgeweitet werden. Der Wert der EU-Agrarexporte nach Norwegen hat sich innerhalb der letzten 10 Jahre auf 2,5 Mrd. Euro verdoppelt. Die neue Vereinbarung kann in Kraft treten, sobald der Rat und das Europäische Parlament dieser zustimmen.

Neues Bescheinigungssystem für Bio-Einfuhren

Seit dem 19. April 2017 werden Bio-Produkte bei der EU-Einfuhr durch ein [neues System elektronischer Zertifizierung](#) kontrolliert. Durch die verbesserte Rückverfolgbarkeit soll die Lebensmittelsicherheit gesteigert und Betrug bekämpft werden. Durch die Neuerungen werden Einfuhrbescheinigungen in das Trade Control & Expert System (TRACES) integriert, um Lebensmittel im Hoheitsgebiet der EU verfolgen zu können. Damit können Geschäftspartner und Behörden Sendungen verfolgen und schnell auf Gesundheitsgefahren reagieren.

Neue EU-Sanktionen gegen Nordkorea

Die EU hat am 6. April 2017 die [Sanktionen gegen Nordkorea](#) ausgeweitet. Dies betrifft vor allem metallverarbeitende Betriebe, denen bestimmte Mineralien- und Erzimporte aus der Demokratischen Volksrepublik Korea verboten werden. Auch tritt ein Ausfuhrverbot von neu-

en Hubschraubern und Schiffen in Kraft. Die Maßnahmen der EU folgen den Vorgaben des UN-Sicherheitsrates.

Ressourcen

Bericht über 27. Runde der EU-Mercosur Verhandlungen veröffentlicht

Die EU-Kommission hat am 10. April 2017 den Bericht zur 27. Runde der EU-Mercosur Verhandlungen veröffentlicht. Diese fanden bereits Ende März 2017 in Buenos Aires statt. Hierbei wurden an verschiedenen Stellen Fortschritte erreicht. Außerdem stellte die EU-Kommission [Textvorschläge](#) für die Kapitel zu nachhaltiger Entwicklung, Transparenz, dem Zugang zu Rohstoffen und Energien zur Verfügung. Auch andere Verhandlungstexte finden sich dort. Die nächste Verhandlungsrunde findet im Juli in Brüssel statt.

WTO erwartet weltweiten Handelsaufschwung

WTO-Experten erwarten einen Anstieg des weltweiten Handelsvolumens von Gütern. Dies geht aus einer [Pressemitteilung](#) vom 12. April 2017 hervor, die ein Wachstum des Handelsvolumens bei Gütern um 2,4 Prozent für 2017 und 2,1 bis 4,0 Prozent für 2018 prognostiziert. 2016 waren es noch 1,3 Prozent. Insgesamt bestünde aber ein bedeutendes Maß an politischer Unsicherheit.

RGIT's corner – News aus Washington

100-Tage-Plan für Handelsgespräche mit China

Während des Besuchs des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Mar-a-Lago (Florida) wurden intensive Gespräche geführt, wie die Zusammenarbeit mit China in verschiedenen Bereichen gestärkt und gestaltet werden kann. Von Seiten der USA nahmen neben Präsident Trump auch Außenminister Tillerson, Wirtschaftsminister Ross und Finanzminister Mnuchin an den Gesprächen teil. Beschlossen wurde ein neuer Rahmen für die US-chinesische Zusammenarbeit. Der bisher bestehende High Level Strategic and Economic Dialogue wird ersetzt durch den US-China Comprehensive Dialogue, der von den Präsidenten selbst geleitet wird und aus vier Säulen bestehen soll: Dem Diplomatic und Security Dialogue, dem Comprehensive Economic Dialogue, dem Law Enforcement and Cybersecurity Dialogue sowie dem Social and Cultural Issues Dialogue. Der Comprehensive Economic Dialogue liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Wirtschaftsminister Ross und Finanzminister Mnuchin.

Zum Thema Handelspolitik wurde bei dem Treffen ein 100-Tage-Plan entwickelt, der einen festen Zeitrahmen für Gespräche zur Steigerung von US-Exporten und zur Reduzierung des US-Handelsdefizits geben soll. Laut Administration habe Präsident Trump mehrfach betont, dass der Handel ausgewogener gestaltet werden und Marktzugang beidseitig gewährt werden müsse. Auch China habe erklärt, seinen Handelsüberschuss senken zu wollen, da die-

ser negative Effekte auf Geldangebot und Inflation habe, so Ross. Konkrete Inhalte oder Meilensteine der 100-tägigen Gespräche wurden nicht bekannt gegeben bzw. sind laut Ross Inhalt der Gespräche selbst. Es ginge jedoch um eine große Anzahl an Produkten, so dass die 100 Tage-Frist sehr ambitioniert sei. Medienberichten zufolge erwägt China eine Aufhebung von Importrestriktionen für US-Rindfleisch sowie die Möglichkeit, Mehrheitsbeteiligungen von US-Firmen im Finanz- und Versicherungsbereich zuzulassen.

Der Führer der Demokraten im Senat, Charles Schumer (D-NY), kritisierte Trump nach dem Treffen dafür, dass er mit „leeren Händen“ und ohne konkrete Zugeständnisse Chinas nach Washington zurückgekehrt sei. Der 100-Tage-Plan sei unkonkret und der Präsident habe eine gute Chance verstreichen lassen, ausgewogenere Handelsbeziehungen mit der Überwachung von Nordkoreas Atomprogramm zu verknüpfen.

Pence und Ross für bilaterales Abkommen mit Japan

US-Vizepräsident Mike Pence und US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross haben sich in Tokio mit ihren Gegenübern, dem japanischen Vizepremierminister Taro Aso und dem japanischen Wirtschaftsminister Hiroshige Seko, getroffen. Pence betonte, er sehe das Gespräch als Beginn eines ständigen Wirtschaftsdialogs beider Länder, der die Grundlage für potenzielle Verhandlungen über ein bilaterales Handelsabkommen bilden könne. Das Trans-Pacific-Partnership-Abkommen (TPP) gehöre endgültig der Vergangenheit an, so Pence. Zukünftig werde die Trump-Administration Handelsabkommen bilateral verhandeln.

Der zukünftige US-Japan Economic Dialogue soll auf drei thematischen Schwerpunkten basieren: (1) Einer Entwicklung einer gemeinsamen Strategie im Bereich Handels- und Investitionsfragen unter besonderer Berücksichtigung von Standards und Bedenken von Drittländern, (2) einer verstärkten Zusammenarbeit bei der Wirtschafts- und Strukturpolitik, worunter auch die Finanz- und Währungspolitik fällt sowie (3) auf eine auf spezifische Branchen ausgerichtete Zusammenarbeit. Nach China besitzt Japan den zweitgrößten Warenhandelsüberschuss mit den USA.

Nationaler Sicherheitsrat wird Iran-Sanktionen der USA überprüfen

Das US-Außenministerium muss dem Kongress alle 90 Tage über den Stand des Iran-Atomabkommens berichten. US-Außenminister Rex Tillerson schrieb in einem Brief an den Sprecher des Repräsentantenhauses Paul Ryan (R-WI), dass der Iran die Voraussetzungen des Atomabkommens bisher erfüllt habe. Allerdings erklärte Tillerson gleichzeitig, dass Präsident Trump eine Untersuchung der Sanktionen angeordnet habe. Der Nationale Sicherheitsrat (NSC) werde bewerten, ob die Aufhebung der Sanktionen wirklich im Interesse der nationalen Sicherheit der USA gewesen sei. Der Iran sei ein staatlicher Förderer des Terrorismus, so Tillerson. Es ist ungewiss, wie lange die Untersuchung des NSC dauern wird.

Übersicht zu deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen

Das RGIT hat Anfang April einen [deutschsprachigen Flyer](#) zu den deutsch-US-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen veröffentlicht. Dieser zeigt in Kompaktform aktuelle Daten zur Bedeutung dieser Beziehungen für Arbeitsplätze, Investitionen und den bilateralen Handel.

<https://www.rgit-usa.com/de/publikationen/washington-news/>